

Marxismus und Utopie – kein ‚Vorschein‘ ohne Rückschau

Die nachstehenden Ausführungen sind das Resultat von Überlegungen, die ihren Ausgang in der Einladung zur Konferenz *Marxismus und Utopie* nahmen und nach Abschluss der Konferenz fortgeführt wurden. Diese Gedanken sind zum Teil thesenartig verkürzt, ganz sicher nicht vollständig und manchmal bewusst provokativ.

Die in der Einladung zur Konferenz genannten Beiträge machten auf mich den Eindruck, dass ein wesentlicher inhaltlicher Teil einer Utopie-Diskussion in den vorbereiteten Beiträgen nicht oder nicht ausreichend präsent sein würde, weshalb ich diesen Teil skizzenhaft selbst beitrug. Der hier vorliegende Text ist die im Anschluss an die Tagung ergänzte und überarbeitete Version dieser Überlegungen.

Das marxistische Verständnis der Utopie-Debatte war über lange Zeit geprägt von der Auffassung, dass ‚Utopie‘ im Kern einen Zustand bürgerlichen Bewusstseins darstellt, der als Reflex auf krisenhafte Zustände zu verstehen ist und bei dem es sich „nicht nur nach wie vor auch um ein Symptom der Krise der bürgerlichen Ideologie handelt, sondern zugleich um ein perspektivloses idealistisches Unternehmen, mit dieser Krise im Rahmen der bürgerlichen Ideologie fertig zu werden“ (Klaus/Buhr 1975, 1253). Seit der „Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ (Friedrich Engels) entwickelt wurde, ist utopisches Denken immer wieder als unvereinbar mit marxistischem denunziert worden. In den Ländern des realen Sozialismus wurde ‚Utopie‘ als antisozialistisch diffamiert, da „der wissenschaftliche Sozialismus das Ende der Utopie bedeutet“ (ebd., 1254).

Auch die marxistische Diskussion in Westdeutschland spiegelte diese Linie wider. So Robert Steigerwald, der Ernst Bloch „bürgerlichen Antimarxismus“ (Steigerwald 1980; zit. nach Heubrock 1990, 682) vorwirft und später formuliert, dass dem Utopischen als Philosophie die „offene oder verdeckte Ablehnung des Sozialismus“ (Steigerwald 1985; zit. nach ebd.) in Theorie und Praxis zueignet. Im *Sachregister Marx/Engels Werke* (Sandkühler 1983) taucht ‚Utopie‘ als eigenständiges Stichwort nicht einmal auf (geführt wird lediglich „Sozialismus, utopischer“). Hinzuweisen ist allerdings darauf, dass in der westdeutschen marxistischen Linken auch andere Stimmen zu hören waren, die forderten, „zu einer neuen Positionsbestimmung gegenüber dem Problem der Utopie (...) zu kommen“ (Metscher 1987, 7; zit. nach Heubrock 1990, 682).

Dieser kurze Rückblick auf einige Aspekte der marxistischen Utopie-Rezeption führt zu der Frage, warum eigentlich ca. zwanzig Jahre nach dem Verschwinden

nahezu aller realsozialistischer Staaten eine marxistische Utopie-Diskussion erforderlich sein soll. Diese Frage soll hier nur gestellt, nicht aber beantwortet werden. Dass diese Frage nicht explizit Gegenstand der Beiträge und Diskussionen der Tagung war, stelle ich hier lediglich fest. Es ist aus meiner Sicht aber aller höchste Zeit, die Utopie-Debatte wieder aufzunehmen und dabei auch die Fehler der Vergangenheit zuzugeben und zu analysieren.

Nicht hintergebar erscheinen mir Ernst Blochs Bestimmungen der konkreten Utopie als „Noch-Nicht-Sein erwartbarer Art“ sowie der abstrakten Utopie: „die utopische Funktion ist im bloßen wishful thinking überhaupt nicht anwesend“ (Bloch 1973, 164). Eine marxistische Utopie kann nur als konkrete in diesem Sinne verstanden werden.

Jede Debatte zu gesellschaftstheoretischen oder -politischen Zukunftsentwürfen hat - sofern sie als 'konkrete Utopie' ernst genommen werden will - nicht nur möglichst genau Auskunft über die Art und Verfassung der für die Zukunft projektierten Organisations- und Lebensweise der Menschen zu geben, sondern auch die Wege zu den formulierten Zielen zu reflektieren. Dabei ist auszugehen von den aktuellen und konkreten politischen (Kräfte-)Verhältnissen sowie den Erfahrungen und Erkenntnissen der zurück liegenden Debatten und Auseinandersetzungen.

Seit einigen Jahren (spätestens seit dem Beginn der sog. 'Finanzkrise') wächst die Zahl derer, die mit dem herrschenden kapitalistischen Wirtschaftssystem sowie dem sich darauf erhebenden politischen Überbau nicht zufrieden sind. Die Kapitalismusanalyse von Karl Marx erlebt eine Renaissance bis hinein in Kreise des konservativen Bürgertums. Allerdings drückt sich diese Unzufriedenheit nicht in einer Stärkung linker Opposition aus, schon gar nicht gibt es massenhaften Widerstand gegen das Bestehende oder ein Eintreten für eine sozialistische Gesellschaft (wie auch immer diese aussehen möge) - darüber können auch Wahlerfolge oppositioneller Parteien wie in Griechenland nicht hinweg täuschen. Es ist also zu fragen, aus welchen Gründen dies so ist.

Meine Grundannahme lautet: Der Untergang der sozialistischen Staaten hat dazu geführt, dass konkrete Utopie bei der Masse der Menschen keinen Stellenwert mehr hat. Kritik am Bestehenden und Wünsche nach Verbesserung der Lebensverhältnisse führen nicht mehr zu einer Utopie, die die herrschenden Verhältnisse grundsätzlich (radikal) in Frage stellt. Gesellschaftsmodelle sind allenfalls reformistisch (z.B. die Beschneidung der Macht der Banken, Deckelung der Managergehälter, Erhöhung der Vermögenssteuer etc.), transzendieren aber nicht oder nur selten die ideologischen Fundamente kapitalistischer Gesellschaftsorganisation. Die Bewusstseinsformen, in welchen sich die allgegenwärtigen Krisen spiegeln, sind zunehmend disparat. Diesen Umstand allein mit der Übermacht bürgerlicher Medien und der durch diese verbreiteten Ideologien zu

erklären, scheint nicht nur unzureichend, sondern auch geschichtsvergessen zu sein. Es gab in der BRD zwischen den frühen siebziger und der Mitte der achtziger Jahre (vielleicht sogar etwas länger) z.B. eine linke Hegemonie an den Universitäten und wohl auch im Kulturbetrieb – auch gegen die herrschende ideologische Übermacht der Medien. Davon kann heute nicht mehr die Rede sein, obwohl die gesellschaftlichen Widersprüche viel deutlicher zu Tage treten als vor 30 Jahren.

Aus den insgesamt eher schlechten Erfahrungen mit ca. 70 Jahren realem Sozialismus wird vielfach der Schluss gezogen, dass es zur kapitalistischen Demokratie keine Alternative geben kann: Man mag die Bilanz der sozialistischen Staaten (der vergangenen wie gegenwärtigen) betrachten wie man möchte - es ist nicht zu übersehen, dass die Fehlentwicklungen bis zum heutigen Tage viel wirkmächtiger sind als die Erfolge, die es ohne Zweifel auch gegeben hat. Dies nur auf die massive Propaganda der kapitalistischen Gegenkräfte zurück zu führen, ist weder hilfreich noch überzeugend. Wäre der Sozialismus sowjetischer Prägung ein Erfolgsmodell gewesen, hätte es dann nicht nach mehr als 70 Jahren massenhaften Widerstand gegen seine Abschaffung geben müssen? Das mehr oder weniger sang- und klanglose Verschwinden der sozialistischen Regierungen konnte doch nur mit der Billigung der Masse der Bevölkerung dieser Länder erfolgen.

Aus diesem Tatbestand muss jede Opposition, die sich einem Sozialismus verpflichtet fühlt, konsequent Schlüsse ziehen, die sich auch in den jeweiligen Zukunftsentwürfen ausdrücken. Einige davon möchte ich hier kurz skizzieren.

1. Die Bevölkerung der sozialistischen Länder hat nicht für den Erhalt des Sozialismus gekämpft, weil der Kapitalismus bessere Konsumperspektiven versprach.

Erklärtes Ziel der sozialistischen Länder war es, den Kapitalismus wirtschaftlich zu überholen. Lassen wir die Frage, ob eine Solidarökonomie jemals produktiver sein kann als eine Ökonomie die rücksichtslos alles und jeden ausbeutet, einmal beiseite. Ich möchte die Behauptung wagen, dass die Fundierung einer Gesellschaftsform auf Tauschwert und Konsum jeder Vorstellung von Sozialismus abträglich sein wird. Solidarische Ökonomie kann nur auf der Grundlage gemeinschaftlicher Wertvorstellungen funktionieren. Fidel Castro hat (im Gespräch mit I. Ramonet [Ramonet 2008]) vor ca. 10 Jahren darauf hingewiesen, dass die Konsumgesellschaft nicht das Modell für Kuba sein soll. Vielmehr entwickle sich eine sozialistische Wertegesellschaft. Dieser Ansatz scheint mir utopiefähig zu sein, bietet er doch die Möglichkeit, mehrere drängende Zukunftsprobleme quasi in einem Arbeitsgang aufzugreifen: die notwendige Schonung der natürlicher Ressourcen kann nur gelingen, wenn weniger verbraucht und nachhaltig produziert wird; der gesellschaftliche Zusammenhalt (Solidarität) kann in einer auf Tauschwerten basierten Gesellschaft nicht zur vollen Entfaltung kommen; die Identifikation mit der sozialen Gemeinschaft wird durch Konsumismus be-

hindert, nicht gefördert; jede Form von Wettbewerbswirtschaft und die damit korrespondierende Ideologie der Produktivitätssteigerung steht im Widerspruch zu solidarischem Miteinander usw.

2. Die Bevölkerung der sozialistischen Länder hat nicht für den Erhalt des Sozialismus gekämpft, weil es für die nicht erfüllten Konsumperspektiven keinen Ausgleich gab.

Es erscheint mir vorstellbar, große Bevölkerungskreise für Werte zu gewinnen, die nicht auf Ware und Tauschwert gründen. Zu denken ist hier nicht nur an soziale Sicherheit (die natürlich immer prioritär sein muss), sondern besonders an wirkliche Teilhabe am gesellschaftlichen Prozess: Mitbestimmungs- und -gestaltungsmöglichkeiten in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Zugang zu Kultur und Bildung, freizügige Gestaltung des eigenen Lebens auf der Grundlage von Toleranz und Gemeinsinn usf. Diese (und nicht nur diese) Werte sind verteidigungswürdig und dem Konsum übergeordnet. Ein zukünftiger Sozialismus wird, wie ich meine, nur dann erfolgreich sein können, wenn die Identifikation der Menschen mit ihrem Gesellschaftsmodell nicht über Warenfetische hergestellt wird. Sinnstiftung kann in der auf Tauschwert aufgebauten Gesellschaft nur sehr begrenzt erfolgen. Ist allerdings die Warengesellschaft nebst Konsumismus einmal überwunden, verliert der alles überlagernde und dominierende ökonomische Diskurs seine Stellung und wird zum Nebenthema. Für viele Menschen wird dies eine Befreiung ihres Denkens bedeuten. Ein gesellschaftliches Zusammenleben in weit reichender Harmonie, in gesunder Natur, geprägt von solidarischem Miteinander kann sich nur dort entfalten, wo die allseitige Entwicklung der Individuen im Mittelpunkt steht, nicht die Befriedigung immer erweiterter materieller Wünsche.

3. Die Bevölkerung der sozialistischen Länder hat auch deshalb nicht für den Erhalt des Sozialismus gekämpft, weil grundlegende Rechte der Person, Freiheitsrechte und andere Elemente sozialer und politischer Gleichberechtigung nicht oder nicht ausreichend bestanden.

Hier denke ich nicht zuerst an die bürgerliche Wahldemokratie (die durchaus verzichtbar sein könnte), sondern an Rechtsstaatlichkeit. Die Unveräußerlichkeit der Menschenrechte gem. der UN-Charta (bzw. die Grundrechte des deutschen Grundgesetzes) ist anzuerkennen.¹ Jedes sozialistische Modell hat sicherzustellen, dass es politischen Wettbewerb (= Ideenwettstreit, der viel zitierte 'Kampf um die Köpfe') gibt. Die politische, wirtschaftliche und kulturelle Erstarrung der sozialistischen Länder ab Mitte/Ende der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts ist auch Folge des mangelnden Wettbewerbs.

4. Es mangelte an politischem Wettbewerb. Politischer Wettbewerb impliziert notwendig, dass es Sieger und Verlierer geben kann. Wenn eine Machtelite nicht abgelöst werden kann, erstarrt das System und die Menschen fühlen sich ohnmächtig.

¹ Es war und ist schwer zu verstehen, dass ein autokratisches Verbrecherregime wie in Ceaușescu Rumänien Mitglied der ‚sozialistischen Staatengemeinschaft‘ sein konnte und nicht nur ungestraft die Menschenrechte mit Füßen trat, sondern von den ‚Bruderstaaten‘ auch noch unterstützt wurde.

Es ist folglich für die Durchlässigkeit der politischen und gesellschaftlichen Strukturen zu sorgen. In den sozialistischen Ländern hat es diese Durchlässigkeit nur auf dem Papier gegeben. Kein Staatschef der SU oder DDR ist auf Wunsch der Mehrheit der Bevölkerung aus dem Amt gegangen.

Wenn eine Machtelite nicht abgelöst werden kann, ist die Gefahr des Machtmissbrauchs extrem hoch. Auch dafür gibt es aus der jüngeren Geschichte Beispiele. Hier soll der Hinweis genügen, dass in der DDR die Staatsführung glaubte, den Menschen vorschreiben zu dürfen, welche Musik sie hören, wie sie ihre Freizeit gestalten, welche Kunst 'sozialistisch' war, welche Frisuren passten und welche nicht usw.² Hätte die Bevölkerung die Möglichkeit gehabt, sich gegen solche Übergriffe wirksam zu wehren, hätte es diese nicht geben können.

5. Es fehlte an wirksamer Kontrolle der Macht. Kontrolle der Macht setzt zwei Dinge als unverzichtbar voraus: eine Verfassung und Gewaltenteilung, insbesondere eine unabhängige (d.h. nur der Verfassung und dem Recht verpflichtete) Justiz.

Keine Regierung darf nur durch den Parteiauftrag, die historische Mission oder vergleichbare Chimären legitimiert sein. Es muss, wie ich meine, nicht unbedingt eine Parteienpluralität geben (obgleich diese durchaus wünschenswert ist). Es muss aber eine klare Trennung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative geben. Jeder Bürger, jede Bürgerin muss sich gegen Übergriffe des Staates wehren und dazu unabhängige Gerichte anrufen können. Niemand darf, aus welchem Grunde auch immer, seiner Grundrechte beraubt werden, niemand darf im rechtsfreien Raum operieren. Jeder, und das meint auch die Spitzen der Gesellschaft, muss seine Handlungen an Verfassung und Gesetz ausrichten und ggf. vor diesen rechtfertigen. Keine Partei, keine Regierung hat einen Wahrheits- oder Führungsanspruch, der nicht in Frage gestellt und bezweifelt werden darf. Hier ist 'Praxis' als Kriterium für Wahrheit anzuführen, und zwar verstanden als Lebenspraxis: ist die große Mehrheit der Menschen mit ihren Lebensumständen zufrieden, folgt daraus Wahrheit - hier als Legitimität verstanden.

6. Keine Zukunftsgesellschaft hat das Recht, die Lebensinteressen einer Generation dem Wohle nachfolgender Generationen zu opfern.

Hier soll weder Hedonismus noch 'nach-mir-die-Sintflut' propagiert werden. Aber jedes Individuum hat das Recht, nach seinem individuellen Glück zu streben: „Jeder Mensch strebt danach, glücklich zu sein.“ (Engels 1847, 23). Keine Regierung hat das Recht, auf Grund von Ideologie, Klassenpositionen, Plan, Zukunftsentwurf oder was auch immer Einzelne oder Gruppen an der Gestaltung ihres Lebens nach eigenen Vorstellungen zu hindern oder deren Lebensinteressen denen eines 'revolutionären Subjekts' unterzuordnen. Selbstverständlich set-

² Ich habe in den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts einige Reisen in die DDR unternommen. Bei Gesprächen mit jungen Leuten, die dem politischen System der DDR grundsätzlich positiv gegenüber standen, fielen oft Begriffe wie „Spießler-Sozialismus“, „Altherren-Sozialismus“ usw. die jungen Leute beklagten häufig, dass ihnen in Lebensbereiche hinein entschieden wurde, die eigentlich privat zu entscheiden sind. Zudem fehlte es an Verständnis für Entscheidungen der Führung, die nicht nachvollziehbar waren: der westdeutsche Rockmusiker Udo Lindenberg durfte nicht in der DDR auftreten, der Trivialsänger und Propagandist spießbürgerlicher Heile-Welt-Musik Peter Alexander hingegen schon.

zen Recht und Gesetz allen Grenzen, die zu wahren sind. Ob aber jemand mit Mann oder Frau oder alleine lebt, individuelle oder kollektive Beschäftigung vorzieht, sozialistische oder bürgerliche Kunst und Musik mag (oder keins von beidem), politisch oder unpolitisch sein möchte, religiös ist oder nicht usw., geht den Staat nichts an. Aufgabe des sozialistischen Gemeinwesens ist es, möglichst vielfältige Vergesellschaftungsformen für Individuen zu ermöglichen und dabei gleichzeitig sicher zu stellen, dass eine tragfähige Gemeinschaft in der Differenz entsteht, in der Andere und Anderes respektiert und geachtet werden. Anders ist die Perspektive auf eine Gesellschaft, welche die ‚allseitige Entwicklung des Individuums‘ für alle ermöglichen soll, nicht zu denken.

7. Keine Gesellschaft ist jemals fertig entwickelt. Daraus folgt, dass es immer einen Bedarf an konkreter Utopie geben wird. Utopisches Denken ist nicht das Gegenteil von wissenschaftlichem Denken, sondern ein Modus desselben. In einer Gesellschaft, in der die grundlegenden Widersprüche (und hier sind nicht nur die ökonomischen gemeint) aufgehoben wurden, hat utopisches Denken seine Berechtigung zumindest so lange, wie die ‚Herrschaft des Menschen über den Menschen‘ nicht überwunden ist. Aber auch darüber hinaus ist es schwer vorstellbar, dass irgendwann die Gesellschaft so verfasst sein könnte, dass sich utopisches Denken nicht mehr entwickelt.

Wertegesellschaft, Menschenrechte, Humanität, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Ideenwettbewerb, Toleranz, Emanzipation, Gemeinwohl, Individualität, Persönlichkeitsentwicklung, und Diversität sind unveräußerliche Bestandteile meiner sozialistischen Utopie. Andere wären zu entwickeln (z.B. Wirtschaftdemokratie, Mediendemokratie usw.).

Das Festhalten an der ‚revolutionären Perspektive‘ mutet in der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Situation in den entwickelten (spät-)kapitalistischen Ländern dann seltsam an, wenn diese Perspektive als konkrete Utopie dargeboten wird – ein Umsturz ist definitiv nicht das, was mit ‚Noch-Nicht-Sein des Erwartbaren‘ gemeint ist. Als Ziel für die Zukunft mag daran festzuhalten sein, für die voraussehbare vor uns liegende Periode aber gewiss nicht. Es gilt jedoch, die Zeit zu nutzen.

Wir dürfen und wollen nicht auf sozialen Fortschritt verzichten. Die kapitalistische Gesellschaft befindet sich in permanentem Wandel und ist – sicher nur bis zu einem bestimmten Punkt – veränder- und gestaltbar. Ein revolutionäres Subjekt (sei es das Industrieproletariat oder auch nicht) als geschichtsgestaltende Kraft ist aktuell nicht auszumachen. Wolfgang Küttler hat den Begriff der „transitorischen Formation“ (Küttler 2013, 28ff.) erläutert und die Frage gestellt, „ob und wie in der Marxschen Tradition emanzipatorischer gesellschaftlicher Fortschritt ohne das Junktim mit der sozialen Revolution des modernen Industrieproletariats zu denken“ sei (ebd., 43). Wie immer die Antworten ausfallen mögen – die Arbeit am gesellschaftlichen Fortschritt bildet in jeder Phase nicht nur die

Gesellschaft selbst um, sondern gleichzeitig wird auch das Subjekt der Veränderung handelnd umgestaltet.

Mit Marx ist festzuhalten, dass auf dem Weg zum Sozialismus auch "der Erzieher selbst erzogen werden muß" (3. *Feuerbach-These* [Marx 1845, 5f.]). Es darf angenommen werden, dass Marx und Engels nicht davon ausgingen, dass der Kapitalismus derart anpassungs- und widerstandsfähig sein würde, wie er sich noch mehr als 160 Jahre nach dem *Manifest* erweist. Diese historische Tatsache hat natürlich auch Auswirkungen auf den Bewusstseinszustand des politischen Subjekts, das die gesellschaftlichen Veränderungen herbeiführen soll. Salopp gesprochen: Verdinglichung, Fetischisierung, Konsumismus usw. wirken nicht nur auf die Köpfe, die sich der Umwälzung widersetzen. Auch die fortschrittlichen Kräfte unterliegen diesen Verwerfungen. Der Mensch „wird in seiner Arbeit und durch sie immer wieder umgebildet“ (Bloch 1973, 284) – darin liegt nicht nur ein positives emanzipatorisches Potential sondern auch dessen Gegenteil als Möglichkeit. Es für gegeben zu nehmen, dass ‚nach der Revolution‘, der Überwindung der Klassenantagonismen, automatisch die Probleme von Machtmissbrauch, Korruption, Nepotismus etc. gelöst sind, ist so blauäugig wie romantisch. Zu erziehen ist der Erzieher nicht durch ein revolutionäres Subjekt oder dessen Institutionen, sondern durch die praktische Lebenswirklichkeit und die eigene eingreifende Tätigkeit bei der Veränderung derselben. Dem gesellschaftsgestaltenden Subjekt steht kein ‚Erzieher‘ gegenüber – es ist der Akt der Umgestaltung der Gesellschaft selbst, der die Agierenden ‚erzieht‘. Dieser Prozess kann nicht erst beginnen, wenn die Veränderung der gesellschaftlichen Grundlagen bereits erfolgt ist. Dieser Prozess muss jede gesellschaftliche Entwicklung in Richtung Fortschritt begleiten und unterstützen. Sahra Wagenknecht hat jüngst in ihrem Buch *Freiheit statt Kapitalismus* (Wagenknecht 2011) dazu Vorschläge unterbreitet, die mir durchaus tauglich erscheinen.³ Im Rahmen der gesellschaftlichen Ordnung der BRD und in einer historischen Situation, die wahrlich nicht als ‚revolutionär‘ zu bezeichnen ist, lassen sich grundlegende Transformationsprozesse einleiten, in dem Steuer- und Erbrecht z.B. so geändert werden, dass Belegschaften von Betrieben nicht nur am Eigentum beteiligt werden, sondern auch mehr und mehr über betriebliche Belange entscheiden können. Dabei ist eine Enteignung der besitzenden Klasse (zumindest hinsichtlich des Eigentums an Produktionsmitteln) ausdrücklich impliziert.

Diese Transformationsprozesse sind nicht revolutionär, dafür aber ohne Revolution und Umsturz realisierbar, was für eine breitere Unterstützung der Bevölkerung in der gegenwärtigen Situation sorgen könnte. Die Menschen, die von sol-

³ Wagenknecht ist von Teilen der Linken für dieses Buch scharf kritisiert worden. So schreibt z.B. H. Nick: „Dieses Buch ist ein Hohelied auf die Marktwirtschaft“ (Nick 2011, 203). Wie andere auch kritisiert er, dass die Autorin positive Aspekte der Vordenker (neo-)liberaler Marktwirtschaftskonzepte aufzeigt und analysiert. Den Kritikern entgeht in diesem Zusammenhang, dass Wagenknecht genau das tut, was Engels in *Die Lage der arbeitenden Klasse in England* unternimmt: Er greift auf konservative Quellen zurück (die er im Untertitel „authentische Quellen“ nennt; [MEW 2, 225]) und verwendet diese für seine Argumentation und folglich gegen die Missstände. Genau dies tut Wagenknecht auch: sie argumentiert mit den Säulenheiligen des freien Markts gegen die kapitalistische Marktwirtschaft.

chen Veränderungen (die sich auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen denken lassen) profitieren würden, wären für weiter reichende Veränderungen besser vorbereitet (aufgrund praktischer Erfahrung) und besser integriert. Ein solcher Transformationsprozess, der einer revolutionären Entwicklung voraus liegt und ohne den diese auch nicht eintreten wird, mag die revolutionäre Umwälzung der Verhältnisse nicht ersetzen (oder vielleicht doch?), aber ganz gewiss erleichtern. Das in diesem Prozess handelnde gesellschaftliche Subjekt wäre überdies besser vorbereitet, die Zukunftsgesellschaft aktiv zu gestalten und nicht lediglich gesellschaftlichen Reichtum umzuverteilen.

Eine konkrete Utopie, die auf Sozialismus zielt, muss also nicht nur überzeugend darlegen, wie die Fehler der Vergangenheit in der Zukunft ausgeschlossen werden sollen, sondern auch ein realisierbares Modell entwerfen, das die Menschen überzeugt. Nur so wird sich aus einem transformatorischen Prozess ein revolutionärer entfalten lassen. „Die Entwicklung der Massen lässt sich nicht dekretieren. Sie wird bedingt durch die Entwicklung der Verhältnisse, in denen diese Massen leben, und geht daher allmählich vor sich“ (Engels 1847, 26).

Literatur

Bloch, E., 1973. *Das Prinzip Hoffnung*. 3 Bde., Frankfurt/M.

Engels, F., 1845. Die Lage der arbeitenden Klasse in England. In: MEW, Bd. 2, 225-506. Berlin 1957 ff.

Ders., 1847. Entwurf des „Kommunistischen Glaubensbekenntnisses“ in: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung. Nr. 93, 22-27. Frankfurt/M.

Heubrock, D., 1990. Artikel *Utopie*. In: Sandkühler (Hg.) 1990, 678-685.

Klaus, G./M. Buhr 1975. *Philosophisches Wörterbuch*. Band 2. 11. Aufl., Berlin.

Küttler, W., 2013. Der Kapitalismus als transitorische Formation. In: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung. Nr. 93, 28-47. Frankfurt/M.

Marx, K., 1845. Thesen über Feuerbach. In: MEW, Bd. 3, 5-7. Berlin 1957 ff.

Metscher, T. 1987. Zukunft in der Vergangenheit. Die geistige Krise der Gegenwart und das Problem utopischen Bewusstseins. In: Kultur und Gesellschaft. Heft Juli/August

Ramonet, I., 2008. *Fidel Castro. Mein Leben*. Berlin

Sandkühler, H.J., (Hg.) 1983. *Sachregister zu den Werken Karl Marx, Friedrich Engels*. Köln

Ders., (Hg.) 1990. *Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften*. 4 Bde., Hamburg

Steigerwald, R. 1980. *Bürgerliche Philosophie und Revisionismus im imperialistischen Deutschland*. Frankfurt/M.

Ders., 1985. *Besetzung des Utopie-Begriffs in der Nachkriegszeit bis heute (Thesen)*. In: *Marxistische Blätter*, Heft 23. Essen

Wagenknecht, S., 2011. *Freiheit statt Kapitalismus*. Frankfurt/M.